

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Herbstvollversammlung
der Österreichischen Bischofskonferenz
7. bis 10. November 2022 in der Abtei Michaelbeuern*

1. In Krisen zusammenstehen

Klimakrise, Pandemie, Energiekrise, Teuerung und Migrationskrise – für alle diese Herausforderungen gilt, dass wir sie nur gemeinsam bewältigen können. Österreich hat gerade in den letzten hundert Jahren leidvoll erfahren müssen, in welche Abgründe eine verhetzte und verfeindete Gesellschaft abstürzen und was durch Zusammenhalt und Mitmenschlichkeit gemeinsam erreicht werden kann. Die Enthüllungen und Vorgänge in der letzten Zeit haben zu einem Vertrauensverlust in Institutionen und vor allem in die Politik geführt, der für die gesamte demokratische Ordnung gefährlich werden kann. Die weit verbreitete Skepsis verdunkelt das redliche und leider oft unbedankte Bemühen so vieler in der Politik und ihren Einsatz für die Menschen in unserem Land.

Als Bischöfe erinnern wir an einen ethischen Grundsatz, der für alle gilt, die politische Verantwortung tragen: Jedes öffentliche Amt steht im Dienst des Gemeinwohls. Und jeder Weg aus einer Krise wird nur möglich sein, wenn wieder das richtige Maß und die gesunde Mitte gefunden werden. Dazu braucht es Haltungen wie Mitgefühl und Solidarität, Zuversicht und Gottvertrauen, die wir Bischöfe in einem gemeinsamen Schreiben zum Beginn des Kirchenjahres mit dem Advent allen Menschen ans Herz legen.

Zusammenzustehen gilt es im Blick auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der immer mehr Opfer fordert und unter dem viele Menschen nicht nur in der Ukraine leiden. Die verhängten Sanktionen gegen den Aggressor sind ein Mittel, um sich gegen schweres Unrecht zu wehren. Sie sind auch ein wichtiger Akt der Solidarität mit der Ukraine. Diese Solidarität kostet, aber ihr Mangel noch viel mehr. Als Bischöfe verurteilen wir gemeinsam mit Papst Franziskus jeden Versuch, im Namen der Religion oder des Evangeliums militärische Aggression, Krieg und Gewalt zu rechtfertigen. Wer so handelt, versündigt sich gegen Gott und die Menschen. Mit großer Sorge stellen wir eine Eskalation des Krieges fest, die selbst vor der verwerflichen Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen nicht Halt macht.

Gezielte Angriffe auf zivile Ziele und die Zivilbevölkerung sind schwere Kriegsverbrechen, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Vor diesem Hintergrund appellieren wir an alle Mächtigen in der Welt, diesen und alle anderen Kriege so schnell wie möglich zu beenden und sich für einen gerechten Frieden einzusetzen.

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Herbstvollversammlung
der Österreichischen Bischofskonferenz
7. bis 10. November 2022 in der Abtei Michaelbeuern*

Die Hilfe für die Opfer des Krieges in der Ukraine ist weiterhin dringend nötig und glücklicherweise in Österreich enorm. Bitte lassen wir nicht nach darin, gerade angesichts des nahenden Winters ist jede Spende doppelt wertvoll. Groß ist die Hilfsbereitschaft auch bei der Aufnahme von Geflüchteten. Noch immer leben fast 45.000 Vertriebene aus der Ukraine in privatem Wohnraum in Österreich, der zum Großteil kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Für diese Großzügigkeit vieler müssen alle dankbar sein. Auch wenn der Wunsch groß ist, in die Ukraine zurückzukehren, so wird dies angesichts des anhaltenden Krieges noch nicht sehr bald möglich sein. Insofern sind die politisch Verantwortlichen nun angehalten, Maßnahmen zu setzen, damit jene Menschen, die jetzt bei uns sind, möglichst schnell integriert werden. Vorrangig ist die Integration auf dem Arbeitsmarkt, da dadurch ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird.

Zugleich steigt in Österreich die Zahl der Asylsuchenden, von denen einige in Zeltstädten untergebracht werden. Diese Unterbringungskrise wäre vermeidbar gewesen. Die anstehenden Probleme sind lösbar, wenn alle zuständigen Stellen zusammenarbeiten und dabei so wie in der Vergangenheit von kirchlichen und anderen Hilfseinrichtungen der Zivilgesellschaft unterstützt werden.

Infolge des Krieges und der stark gestiegenen Energiekosten erlebt Österreich eine Rekordinflation. Die massive Teuerung lässt die Not signifikant steigen und erreicht immer weitere Teile der Bevölkerung. Konkret sind die einkommensärmsten 35 Prozent der Haushalte, also 1,4 Mio. Haushalte, akut in Gefahr, in Armut abzurutschen oder sich massiv zu verschulden. Bund und Länder haben bereits zahlreiche Hilfen auf den Weg gebracht. Besonders die Valorisierung der Sozial- und Familienleistungen ist ein echter Fortschritt, um Menschen vor Armut und Krisen zu schützen.

Es werden weitere Maßnahmen brauchen, um jenen zu helfen, die von der Teuerung besonders betroffen oder gar in ihrer Existenz gefährdet sind. Wenn alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte an einem Strang ziehen, wird Österreich auch diese Krise gemeinsam bewältigen können.

Die Caritas und viele kirchliche Einrichtungen versuchen mit zahlreichen Initiativen, die oft versteckte Not bei uns zu lindern. Von Lebensmittelausgabestellen über Wärmestuben, Besuchsdiensten, Telefonseelsorge bis hin zur Pfarrcaritas – die Palette

an Hilfe ist so reich wie die vielen Formen von Armut, Einsamkeit und Not, die zuletzt spürbar zugenommen haben. Damit den jetzt von der Teuerung akut Gefährdeten rasch geholfen werden kann, stellt die Bischofskonferenz als Sofortmaßnahme über die Diözesen zusätzlich eine Million Euro für gezielte Hilfe der Caritas zur Verfügung. Gleichzeitig soll in allen Diözesen das vorhandene niederschwellige Netz gegen die vielfältigen und oft versteckten Formen von Armut gestärkt werden. Konkret geht es darum, durch sogenannte Sozialpatinnen und Sozialpaten unkompliziert vor Ort zu helfen. Es handelt sich dabei um geschulte Freiwillige, die an der Schnittstelle von Pfarren und Einrichtungen der Caritas eingesetzt werden. Was sich in einigen Diözesen schon bewährt hat, soll nach Möglichkeit in ganz Österreich ausgebaut werden.

2. Klimaschutz und Biodiversität

In diesen Tagen und Wochen werden die Weichen für die internationale Klima- und Biodiversitätspolitik gestellt. Einerseits wird derzeit im ägyptischen Sharm el-Sheikh über die Erreichung der Klimaziele und die Unterstützung für die am stärksten betroffenen Länder des Globalen Südens beraten. Andererseits werden ab 7. Dezember in Montreal/Kanada neue Ziele für den Erhalt der biologischen Vielfalt verhandelt. Dies alles passiert in einer sehr fragilen Zeit, die gezeichnet ist von Unsicherheit und multiplen Krisen.

Klimaschutz und Biodiversität sind eng miteinander verbunden und beeinflussen sich gegenseitig. Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, wie rasch die Erderhitzung voranschreitet und welche sozialen Folgen damit verbunden sind: Hungersnöte, Wassermangel, Konflikte um knapper werdende Ressourcen, zerfallende Gesellschaften und immer größere Migrationsbewegungen, um nur einige zu nennen. Immer deutlicher wird, dass der Kampf gegen den Klimawandel zu einer globalen Überlebensfrage wird. Die radikale Abkehr von fossilen Energieträgern und die daraus folgenden Konsequenzen für den Lebensstil sind nicht nur möglich, sondern notwendig.

Der Erhalt der Biodiversität ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Klimapolitik. Ökosysteme mit großem Artenreichtum entwickeln die größte Resilienz

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Herbstvollversammlung
der Österreichischen Bischofskonferenz
7. bis 10. November 2022 in der Abtei Michaelbeuern*

gegen den Klimawandel und sind wichtige Kohlenstoffspeicher. Umso bedrohlicher ist der Umstand, dass jeden Tag bis zu 150 Pflanzen- und Tierarten von der Erde verschwinden. Die besonders artenreichen Gebiete der Erde befinden sich oft auf Territorien indigener Völker: 80 Prozent der biologischen Vielfalt der Erde sind auf ihrem Land zu finden. Der beste Weg zum Schutz der Biodiversität ist die Achtung der Landrechte indigener Völker, die immer öfter bedroht und vertrieben werden. Nicht zuletzt die von Papst Franziskus 2019 einberufene Amazonien-Synode hat deutlich gemacht, wie sehr unsere Zukunft vom Erhalt der „grünen Lunge“ des Planeten abhängig ist.

Vor diesem Hintergrund braucht es bei der aktuellen Klima-Konferenz verbindliche, rasche und ambitionierte Schritte, um die Erderhitzung einzubremsen. Gleichzeitig muss den am wenigsten entwickelten Staaten und kleinen Inselstaaten bei Klimaschutzmaßnahmen geholfen werden. Als Hauptverursacher des Klimawandels sind die Industriestaaten zu großzügiger Hilfe aus Gründen der Gerechtigkeit und im eigenen Interesse verpflichtet. Ebenso braucht es neue und weitreichende Ziele im Biodiversitätsschutz innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft. Österreich ist in beiden Fällen gefordert, mehr zu tun als bisher.

Mit der Umwelt- und Sozialenzyklika „Laudato si“ (2015) steht Papst Franziskus weltweit an der Spitze jener, die sich für die Bewahrung der Schöpfung und einen nachhaltigen sowie sozial gerechten Lebensstil einsetzen. Die Österreichische Bischofskonferenz hat noch im selben Jahr mit der Umsetzung der Enzyklika begonnen und sich für eine nachhaltige und klimafreundliche Führung und Ausrichtung der Diözesen entschieden. Damit verbunden ist eine Wende hin zu erneuerbarer Energie.

Dazu gehören auch konkrete Vorgaben für die Veranlagung kirchlicher Finanzmittel, damit diese keine zerstörerische Wirkung auf das Klima haben. Jetzt haben die Bischöfe beschlossen, dass im Bereich der Diözesen die CO₂-Emissionen bis 2030 um 60 Prozent reduziert werden sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen dafür zwei Prozent der Diözesanbudgets verwendet werden.

3. Synodaler Prozess auf kontinentaler Ebene

Der weltweite Synodale Prozess ist mit der Veröffentlichung des vatikanischen Arbeitsdokuments für die jetzt bevorstehende Befassung auf kontinentaler Ebene einen weiteren entscheidenden Schritt vorangekommen. Gemeinsam mit der von Papst Franziskus jüngst vorgenommenen Verlängerung der Weltsynode um ein weiteres Jahr wird einmal mehr klar: Synodalität gehört zum Wesen der Kirche oder, wie der Papst selbst sagt: „Kirche und Synode sind Synonyme.“

Die österreichischen Bischöfe begrüßen das neue Arbeitsdokument und die Entscheidung des Papstes zur noch intensiveren Einübung in Synodalität. Ziel ist ein gemeinsames Hören aufeinander und auf das, was Gott uns heute sagen will. Das Arbeitsdokument steht unter dem vielsagenden Titel aus dem Buch des Propheten Jesaja „Mach den Raum deines Zeltes weit“ (Jes 54,2). Mit diesem Bild wird deutlich, dass mit dem Synodalen Prozess ein gastlicher und zugleich schützender Raum weit aufgemacht wird, der sich durch Offenheit und Beweglichkeit auszeichnet. Er braucht dabei aber auch Elemente, die alles zusammenhalten und auf einem tragfähigen Grund verankert sind, dem gemeinsamen Glauben der Kirche.

Das Arbeitsdokument für die kontinentale Phase des Synodalen Prozesses belegt das echte Bemühen, die ganze Weltkirche einzubeziehen. Es gelingt dem Text, ein wahrheitsgetreues Bild von den Ergebnissen und Eingaben aus über hundert Bischofskonferenzen zu zeichnen, indem die vielfältigen Stimmen der Weltkirche immer wieder in Originalzitaten zu Wort kommen. Dabei zeigt sich, dass nahezu weltweit ähnliche Themen einen hohen Stellenwert haben. Sie sind Ausdruck des Wunsches nach einer Kirche, die niemanden ausschließt und in der Synodalität, Teilhabe und Mitverantwortung unter allen Gläubigen gelebt werden. Das Arbeitsdokument hält außerdem fest, dass auf allen Kontinenten eine Neubewertung der Rolle der Frau in der Kirche gefordert wird. Vergleicht man die österreichischen Ergebnisse des Synodalen Prozesses mit dem vatikanischen Arbeitspapier, so zeigt sich eine hohe Konvergenz.

Für die jetzt anstehende dritte Phase des Synodales Prozesses hat die Bischofskonferenz einige Beschlüsse gefasst. So werden an der kontinentalen Versammlung in Prag (ab 5. Februar 2023) neben dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Franz Lackner, auch drei Laien teilnehmen: die Wiener Pastoraltheologin Prof. Dr. Regina

Polak, die Innsbrucker Hochschul-Rektorin und Theologin Dr. Petra Steinmair-Pösel und der Salzburger Theologe Dr. Markus Welte. Darüber hinaus werden zehn „Online-Delegierte“ aus Österreich via Videokonferenz dabei sein. Sie kommen aus verschiedenen kirchlichen Bereichen, ihre Zusagen werden so bald als möglich eingeholt.

Weiters wird in Österreich ein Prozess zur gemeinsamen Reflexion des Dokuments für die kontinentale Phase in Gang gesetzt. Eingebunden dabei sind alle Diözesen, die zehn Online-Delegierten sowie elf weitere Personen, die an der vorsynodalen Versammlung in Mariazell als Vertreterinnen und Vertreter von österreichweiten Initiative teilgenommen haben. Die genannten Personen und Institutionen sollen in einer synodalen Arbeitsweise bis spätestens 23. Jänner eine schriftliche Stellungnahme zum vatikanischen Arbeitspapier erarbeiten. Die Rückmeldung soll u.a. auch eine Priorisierung der zahlreichen Themen des Arbeitsdokuments enthalten. Die Ergebnisse aus Österreich werden in der Folge bei der kontinentalen Versammlung im Februar in Prag eingebracht, die vom Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (Consilium Conferentiarum Episcoporum Europae, CCEE) veranstaltet wird.

4. Lebendige Kirche vor Ort – Pfarrgemeinderäte und Pastoralassistenten

Die über 3.000 Pfarren in Österreich sind für die meisten Menschen jener Ort, an dem der persönliche Glaube in Gemeinschaft gelebt, vertieft und weitergegeben wird. Seit über 50 Jahren und als Frucht des Zweiten Vatikanischen Konzils stellen sich gewählte Frauen und Männer ehrenamtlich als Pfarrgemeinderäte in den Dienst des Evangeliums. Sie sind ein Geschenk und aus dem Leben unserer Pfarren nicht mehr wegzudenken.

Bei den österreichweiten Wahlen am 20. März 2022 wurden insgesamt rund 27.000 Frauen und Männer in die Pfarrgemeinderäte entsendet, um Kirche vor Ort zu gestalten und mitzuverantworten. Erfreulich hoch ist, dass über ein Drittel (39 Prozent) der Gewählten erstmals den Pfarrgemeinderäten für die nächsten fünf Jahre angehören. Erhöht hat sich erneut der Anteil der gewählten Frauen auf jetzt österreichweit 56 Prozent. Auch der Altersdurchschnitt zeigt eine gute Mischung: Rund zehn Prozent der

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Herbstvollversammlung
der Österreichischen Bischofskonferenz
7. bis 10. November 2022 in der Abtei Michaelbeuern*

Gewählten sind zwischen 16 und 30 Jahren, insgesamt liegt der Anteil der Altersgruppe von 16 bis 50 Jahren bei rund 50 Prozent. Neben den 27.000 Gewählten im Pfarrgemeinderat gibt es auch noch berufene und amtliche Mitglieder, in Summe insgesamt rund 45.000 Frauen und Männer.

Die Zusammensetzung der Pfarrgemeinderäte spiegelt somit die Gesellschaft vor Ort wider und gleichzeitig wirken Pfarrgemeinderäte in sie hinein. Beim Studientag der Bischöfe mit Verantwortlichen für die Pfarrgemeinderäte wurde deutlich, wie sehr diese schon jetzt jene Synodalität leben, die Papst Franziskus der ganzen Kirche weltweit zum Auftrag gemacht hat. Der Pfarrgemeinderat ist so gesehen auch Zeichen einer Kirche, die zuhört und gemeinsam unterwegs ist. Die Bischöfe danken allen, die als Pfarrgemeinderäte für andere da sind und den Glauben öffentlich bezeugen.

Zur Mitwirkung in den Pfarren und in anderen Bereichen der Seelsorge sind auch die hauptamtlichen Pastoralassistentinnen und Pastoralassistenten berufen. Mit ihnen hat die Seelsorge in Österreich vor 50 Jahren viele wertvolle Impulse und Veränderungen bekommen. 1972 wurden in der Erzdiözese Wien und in der Diözese Graz-Seckau erstmals theologisch ausgebildete Laien für diesen Dienst angestellt, in der Folge auch in allen anderen Diözesen. Derzeit sind knapp 1.500 akademisch oder anders ausgebildete Laien in der Seelsorge hauptamtlich tätig. Freilich mussten alle Beteiligten und Betroffenen dabei auch einen Lernprozess durchmachen. Das Ringen um die Bezeichnung „Seelsorger“ bzw. „Seelsorgerin“ für die Berufsgruppe ist ein Beispiel für diesen Klärungsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Aber auch Freude, Entdeckungen und geistvolles Miteinander sind Teil des Weges seither.

Gemeinsam mit der Berufsgemeinschaft der Pastoralassistentinnen und Pastoralassistenten feiern die Bischöfe diesen runden Geburtstag. Wir danken allen für diesen wertvollen seelsorglichen Dienst und hoffen, dass weiterhin viele junge Frauen und Männer sich für ein Theologiestudium entscheiden, um dann in der Seelsorge Kirche und Leben in Österreich mitzugestalten.

5. Personalia

DDr. Peter Schipka wurde von der Vollversammlung erneut zum Generalsekretär der Bischofskonferenz gewählt. Er bekleidet seit 2011 dieses Amt. Die Wiederwahl erfolgte gemäß dem Statut der Bischofskonferenz, das die Funktionsperiode mit sechs Jahren festlegt.